

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Euth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

## Die Lohnentwicklung nach dem Kriege.

Das Bestreben unserer Feinde läuft bekanntlich auch darauf hinaus, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung für die Zukunft zu unterbinden. Dieser Plan wird ihnen nicht gelingen. Dafür bürgen einerseits die Tüchtigkeit unserer Heeresleitung und die unvergleichliche Tapferkeit unserer Truppen, andererseits auch die Leistungen unserer wissenschaftlichen und technischen Kräfte, sowie die unserem Volke innewohnende Opferwilligkeit, Anpassungsfähigkeit und Organisationskraft. Wir dürfen im Gegenteil die Ueberzeugung hegen, daß es unserm Vaterlande auch nach dem Kriege — wenn auch erst nach einer vielleicht schwierigen Uebergangszeit — wieder möglich sein wird, seine wirtschaftlichen Kräfte zu entfalten und somit dem deutschen Arbeiter auch wieder lohnende Beschäftigung zu verschaffen. Auf die gleiche Feststellung laufen immer wieder gewichtige Äußerungen aus Unternehmer- und Arbeitgeberkreisen hinaus. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ sammelt seit geraumer Zeit solche Äußerungen von hervorragenden Persönlichkeiten und Körperchaften (Handelskammern usw.). Die bisher mitgeteilten Urteile lauten übereinstimmend günstig. Deutschlands Unentbehrlichkeit, so sagt man, und die Unersehbarkeit der deutschen Waren auf dem Weltmarkt sei in diesem Kriege erst recht überzeugend hervorgetreten. Als die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ kürzlich wieder einmal eine Uebersicht über derartige Äußerungen gebracht, faßte sie das seitherige Ergebnis dahin zusammen: „Unsere Industrie, die sich während des Krieges unter so außerordentlich schwierigen Verhältnissen allen, auch den größten Ansprüchen in Bezug auf Anpassungsfähigkeit und Organisationsfähigkeit gewachsen gezeigt hat, hat wirklich allen Grund, auch der Zukunft mit vollem Vertrauen entgegenzusehen.“

Das Zentralblatt, dem wir diese Ausführungen größtenteils entnehmen, kennzeichnet somit die Situation ganz richtig, wenn es sagt: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, d. h. die Grundlage der Gestaltung des Arbeitsmarktes, verspricht nach dem Kriege eine solche zu werden, daß die Arbeiterschaft für sich eine angemessene Lohnentwicklung erwarten darf, wenn sie für geschlossene Organisationen zur Vertretung ihrer Forderungen sorgt. Diese Schlussfolgerung jedoch zieht die Arbeitgeberpresse nicht. Im Gegenteil: sie gewöhnt sich immer mehr daran, zu einer Voraussetzung für die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands nach dem Kriege diejenige zu machen, daß die Arbeiter sich in ihren Lohnforderungen bescheiden müßten. Deutschland habe im Vergleich zu seinen Wettbewerbern mit schwierigeren Verhältnissen hinsichtlich der Beschaffung der Rohstoffe zu rechnen; wenn es daher den Wettbewerb bestehen wolle, müsse es versuchen, die Produktionskosten so niedrig wie möglich zu halten, und das könne nur bei vorzüglichem Maßhalten der Arbeiter in ihren Lohnforderungen geschehen. Nun beschränkt sich diese Auffassung schon nicht mehr auf die Kreise der Unternehmer und Arbeitgeber selbst, sondern es lassen sich auch schon politische Kreise von ihr anstecken. So schreibt beispielsweise der freikonservative Führer von Bedlich im „Tag“ vom 18. Januar 1916, es werde „bei den Arbeiterorganisationen aller Art ein hohes Maß von Selbstzucht erfordern, um sich durch das aus den anerkanntwertigen großen Leistungen in der Kriegszeit stark gewachsene Kraftbewußtsein nicht zu Lohnkämpfen verleiten zu lassen.“

Die Arbeiterschaft lehnt eine solche Belehrung ab! Sie tut das zunächst schon deswegen, weil heute noch gar nicht zu übersehen ist, welchen Ertrag die Warenerzeugung nach dem Kriege abwirft. Nach dem Kriege ist die Zeit vorbei, wo die Arbeiterschaft, wie sie es aus Gründen des Bürgerfriedens während des Krieges vielfach getan, die Unternehmerrückgewinn hier und da ins Angeheuerere wachsen läßt. Oder glaubt man etwa, die organisierte Arbeiterschaft werde sich gar nicht darum kümmern, wie etwa die Unternehmer und Arbeitgeber aus den vielen wichtigen Beschlüssen während des Krieges

und aus den mancherlei neuen Produktionsmöglichkeiten reichen Nutzen ziehen, ohne daß für sie ein angemessener Teil abfällt? Dann muß auch die Arbeiterschaft jene Belehrung ablehnen, weil sie sich entschieden dagegen verwahrt, die Gestaltung ihrer Lohnverhältnisse lediglich und ausschließlich im Zusammenhang mit den Produktionskosten werten zu lassen. Der Lohn des Arbeiters ist nicht nur ein Teil der Produktionskosten, sondern er ist das Einkommen des Arbeiters und will als solcher gewertet sein. Ausschlaggebend für seine Höhe muß daher letzten Endes die Notwendigkeit würdiger Existenzmöglichkeiten für den Arbeiterstand sein. Gewiß kann von den Beziehungen zwischen Arbeitslohn und Produktionskosten nicht einfach abgesehen werden; das hieße den Kopf in den Sand stecken. Zwischen der Rücksichtnahme auf diese Beziehungen und der ausschließlichen Wertung des Arbeitslohnes als eines Produktionskostenelements besteht aber ein erheblicher Unterschied.

Uebrigens wird die Arbeiterschaft nach dem Kriege auch insofern auf die Lohnentwicklung Einfluß nehmen, als sie alle Mittel anwenden wird, um die während des Krieges geradezu beängstigend gesunkene Kaufkraft des Lohnes zu heben, d. h. zu sorgen, daß der Lohn nicht nur dem Geldbetrage nach eine angemessene Höhe erreicht, sondern daß mit Hilfe dieses Geldbetrages auch eine wirkliche Befriedigung der Arbeiterbedürfnisse platzgreifen kann. Dazu gehört vor allem der möglichst weitgehende Ausbau und die mit allen Mitteln einer durchgreifenden Werbearbeit zu betreibende Stärkung der Konsumentenbewegung. Insbesondere kommt die Auffüllung der Mitglieverbände der Konsumvereine in Betracht. Ferner wird den Mißständen im Wohnwesen mit allem Nachdruck auf der Leib zu rücken sein, insbesondere soweit diese Mißstände in einem unzulänglichen Boden- und Baurecht, sowie in einer ungerechten Besteuerung ihren Ursprung haben. Auf allen diesen Gebieten hat die Not des Krieges die Zusammenhänge viel klarer erkennen lassen. Und die Arbeiterbewegung wird nichts unterlassen, um gemäß dieser verstärkten Erkenntnis zu handeln.

## Die Träger der Arbeiterversicherung und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Zu diesem sozial und hygienisch gleich wichtigen Thema äußert sich der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann im Februar-Heft der „Deutsche Arbeit“ Monatschrift für die Bestrebungen der christlichen Arbeit (Verlag Köln, Venloerwall 9) in höchst bemerkenswerten Ausführungen. Ausgehend von der Tatsache, daß bisher den Versicherungsträgern, die im Kampfe gegen schismatische Volksseuchen, namentlich gegen Lungentuberkulose, Großes Leiten, gleiche Erivolae bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten verfaßt blieben, weil der eigenartige Charakter dieser Krankheiten die Betroffenen zur Geheimhaltung veranlasse und so eine gründliche Bekämpfung des Uebels erschwere, fährt Präsident Dr. Kaufmann fort, daß auch hier der Krieg wie so manche, auch diese Aufgabe, die unlösbar schien, leichter Hand lösen lernte. Nach einer im vergangenen Dezember in Berlin zusammengetretenen Konferenz der Vertreter sämtlicher deutscher Versicherungsanstalten ist eine gemeinsame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Hand in Hand mit der Militärverwaltung beschlossen worden und zwar nach folgenden Zeitfagen:

1. Zur Verminderung der Gefahr einer Zunahme der Geschlechtskrankheiten im deutschen Volke ist eine Ueberwachung geschlechtskranker Kriegsteilnehmer auch nach ihrer Entlassung geboten. Um diese Ueberwachung erfolgreich zu gestalten, ist ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Träger der Invaliden- und Krankenversicherung mit der Ärzteschaft unerlässlich. Zum Zweck dieser Ueberwachung werden besondere Beratungsstellen von den Versicherungsanstalten nach Vereinen mit der zuständigen ärztlichen Landesverwaltung eingerichtet. Es kann zweckmäßig sein, für Versicherungsanstalten und

- Sonderanstalten oder für Teile ihrer Bezirke gemeinsame Beratungsstellen einzurichten.
- Die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Beratungsstellen und die Reisekosten der Versicherten tragen die Versicherungsanstalten. Der Dienstbetrieb der Beratungsstellen wird im allgemeinen nach dem Vorbild der Fürsorgestelle der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Hamburg einzurichten sein. Verzieht der Versicherte in den Bezirk einer anderen Anstalt, so werden die über ihn geführten Aufzeichnungen dorthin abgegeben.
  - Die Ärzte der Beratungsstellen sollen sich der Behandlung enthalten. Sie haben nur die Notwendigkeit einer solchen festzustellen und den Kranken auf ärztliche Hilfe zu verweisen.
  - Stellt der Arzt der Behandlungsstelle eine Behandlungsbedürftigkeit fest, so ist der gegen Krankheit Versicherte grundsätzlich der Krankenkasse zu überweisen, es sei denn, daß er triftige Gründe gegen eine Behandlung auf Kosten seiner Krankenkasse geltend macht. In diesem Falle wird die Versicherungsanstalt die Behandlung auf ihre Kosten übernehmen.
  - Die Versicherungsanstalt übernimmt ferner die Behandlung, wenn der Kranke nicht gegen Krankheit versichert ist.
  - Die Versicherungsanstalt kann auch die Fürsorge für nicht oder nicht mehr gegen Invalidität Versicherte übernehmen, wenn der Kranke dem Preise der versicherungspflichtigen Bevölkerung nahesteht und zu besorgen ist, daß ohne das Eingreifen der Versicherungsanstalt eine sachgemäße Behandlung unterbleibt.

Vor allem muß betont werden, daß eine systematische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eine heilsame und erwünschte Rückwirkung auf unsere Frauen und Kinder ausübt, die dadurch der Ansteckungsgefahr entzogen werden. Zumal in dieser Zeit der schweren Verluste an Menschenleben und einer sinkenden Geburtenziffer muß uns an einem gesunden, hoffnungsfrohen Nachwuchs der Nation gelegen sein. Den Gefahren einer Verheimlichung der Krankheiten kann nur begegnet werden, wenn die Versicherten dadurch Vertrauen zur neuen Einrichtung gewinnen, daß sie vor Indiskretionen bewahrt bleiben. Das gilt hauptsächlich für die Kranken auf dem Lande und in den kleinen Städten. In diesem Falle wird die Krankenkasse des bez. Ortes und der am Orte ansässige Arzt ausgeschaltet und die Versicherungsanstalt übernimmt die Heilung. Dr. Kaufmann betont weiterhin, daß auch die ethische Seite dieser Frage von großer Bedeutung sei. Wette und nicht die schlechtesten Kreise unseres Volkes verurteilen geschlechtliche Erkrankungen als Folgen sittlicher Verfehlungen. Jenen möchte er die verbindlichen Worte des Heilandes entgegenhalten: „Seid barmherzig, wie auch Euer Vater barmherzig ist.“ Eine Fürsorge, der die gewiß oft nicht von Schuld freien Kranken Wiederherstellung ihrer Gesundheit, neuen Lebensmut und in vielen Fällen innere Läuterung verdankt werden, ist wahrlich eine verdienstvolle Betätigung edler Nächstenliebe. So verstanden, dürfte der Kampf gegen die Seuche auch dem Kranken gegenüber nicht bloß vom volkswirtschaftlichen, sondern auch vom sittlichen Standpunkt aus wohlgegründet sein. Herr Dr. Kaufmann schließt seine Darlegungen mit dem Hinweis, daß diese Einrichtungen schließlich auch dazu beitragen werden, die Prostitutionsfrage befriedigend zu lösen, was letzten Endes doch nur auf sozialem, nicht auf rein polizeilichem Wege geschehen kann.

## Krieger-Familienhilfe.

Die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften ist seit Ausbruch des Weltkrieges wiederholt erhöht und der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert worden. Zuerst bekam die Ehefrau eines Kriegers als reichsgesetzlichen Mindestbetrag 6 Mark monatlich und jedes Kind unter 15 Jahren 4 Mark. Durch die Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 sind diese Sätze, vom 1. November 1915 an, auf 15 und 7,50 Mark erhöht worden. Der finanzielle Aufwand des Reiches wird damit weiter gesteigert. Im Monat August 1914 wurden aus Reichsmitteln rund 27 Millionen gegeben; ein halbes Jahr später, im Januar 1916 erhöhte sich die Summe auf 65 Millionen Mark, sie ist jetzt auf rund 100 Millionen Mark monatlich gestiegen. Dabei sind nicht mitgerechnet die für Familienunterstützung gegebenen Summen der



Gemeinden und Lieferungsverbände, die vielfach Zuschüsse geben oder im Falle des Bedarfs solche zu geben verpflichtet sind.

Die Steigerung des Aufwands ist nicht lediglich eine Folge der erhöhten Sätze, sondern auch eine Folge der Erweiterung des Kreises der Familien und Personen, die auf Familienunterstützung Anspruch haben. Nach der Verordnung vom 21. Januar erhalten nun auch, im Falle der Bedürftigkeit, Angehörige der aktiven Mannschaften bezw. deren Familien Unterstützung, wie schon bisher die Familien der Reservisten, Landwehr- und Landsturm-Männer. Voraussetzung für den Anspruch auf Unterstützung für die Familien der im aktiven Dienstverhältnis befindlichen Mannschaften ist, wie bei den übrigen, die Bedürftigkeit. Nach den Anweisungen des Bundesrats, wie auch der Bayer. Regierung soll die Bedürftigkeitsfrage von den Gemeinden und Lieferungsverbänden wohlwollend geprüft und verbeschieden werden. Der Besitz eines kleinen Hauses kann ebensowenig die Bedürftigkeit aufheben, wie der Weiterbetrieb eines kleinen Geschäfts, oder die Bewirtschaftung eines Bauerngutes. In München wird Bedürftigkeit angenommen, wenn das tatsächliche Einkommen der Kriegsfamilien nicht mehr als 125 Mark monatlich beträgt. Es soll niemand unter den Angehörigen der für des Reiches Sicherheit kämpfenden Soldaten in Not geraten. Im Falle großer Bedürftigkeit und Not sollen die Lieferungsverbände oder Gemeinden nicht bloß die vom Reich festgesetzten Mindestsätze, sondern darüber hinaus noch Zuschüsse gewähren. Um ärmeren Gemeinden eine solche erweiterte Hilfe zu ermöglichen, werden vom Reich 10 Millionen monatlich zur Verfügung gestellt. Die Mindestsätze der Familienunterstützung werden den Gemeinden wie bekannt, ganz erlegt und zurückbezahlt.

Trotzdem verursacht die Mangelnot mancher Stellen und Ausführungsorgane bei der Entscheidung der Bedürftigkeitsfrage manche Klagen und Beschwerden über ungerechtfertigte Abweisung von Unterstützungsansuchen. Diese zu beheben und die Anspruchsberechtigten von der Gnade der Behörden unabhängig zu machen, versuchte der Reichstag den Begriff der Bedürftigkeit näher zu umschreiben. Unter dem 14. Dezember 1915 stellte das Zentrum den Antrag: „Die Familienunterstützung muß gewährt werden, wenn vor dem Kriege ein Jahres-einkommen der Familie von weniger als zweitausend Mark besteuert worden ist.“ Der Antrag fand keine Zustimmung. Reichstag und Regierung einigten sich schließlich auf folgende Bestimmung: „Bedürftigkeit ist anzunehmen und wenigstens der Mindestsatz zu zahlen, wenn nach der letzten Steuerveranlagung das Einkommen des in den Dienst Eingetretenen und seiner Familie in den Orten der Tarifklasse C 1000 oder weniger, in den Orten der Tarifklassen C und D 1200 Mark oder weniger, in den Orten der Tarifklassen A und B 1500 Mark oder weniger beträgt.“

Ein Anspruch besteht in der Regel nicht, wenn der in den Militärdienst Eingetretene mit seiner Familie am Einkommen keinen Ausfall erleidet, oder wenn sonstige Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Unterstützung nicht benötigt wird.

Es muß immer wieder herbegehoben werden, daß Bedürftigkeit Voraussetzung für die Unterstützungsgewährung ist. Auch bei höherer Steuerveranlagung, als wie sie das Gesetz vorsieht, kann Bedürftigkeit gegeben sein. In der Reichstagsitzung vom 21. Dezember 1915 teilte der Berichterstatter mit, daß im Hauptauschuß von allen Seiten, auch von Regierungsvertretern ausgedrückt worden ist, daß die Grenze der 1000, 1200 und 1500 Mark nicht etwa den Sinn haben sollte, daß darüber hinaus Unterstützungen nicht mehr gewährt werden sollten. Auch solche, über die festgelegten Grenzen hinausgehenden Anträge sollen in weitherziger und wohlwollender Weise geprüft und bei Bedürftigkeit die Familienunterstützung gewährt werden. Den Ausführungsorganen ist also nach wie vor ein Spielraum gelassen, da ganz bestimmte Merkmale für den unbedingten Anspruch auf die Familienhilfe im Gesetz nicht aufgestellt werden konnten. Die Tarifklasseneinteilung richtet sich nach dem Besoldungsgehalt vom Juli 1909.

### Allgemeine Rundschau.

#### Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten.

Daß die Arbeitskraft der vielen Kriegsverletzten in der Volkswirtschaft Verwendung finden soll, sofern sie durch ärztliche Kunst wieder einigermaßen erwerbsfähig gemacht werden können, darüber herrscht im deutschen Volke vollste Einmütigkeit. Bei der praktischen Verwirklichung ergeben sich aber mancherlei Schwierigkeiten, die sich nach dem Kriege zweifellos vergrößern werden, wenn wir mit einem weniger günstigen Arbeitsmarkt zu rechnen haben. In erster Linie wird die Lohnfrage zu Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern führen, wie verschiedene Anzeichen jetzt schon deutlich erkennen lassen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten gewandt; sie lehnt es im Namen der Unternehmer sogar (Nr. 50, 1915) strikte ab, über diese Frage überhaupt mit Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln. Die Beweggründe zu dieser schroffen Stellungnahme liegen auf dem Gebiete der Lohnfrage. Die Arbeitgeber wollen ganz allein darüber zu befinden haben, welche Löhne den Kriegsbeschädigten zu zahlen sind. Dabei weiß die „Arbeitgeber-Zeitung“ schon darauf hin, daß den Kriegsbeschädigten der gleiche Arbeitslohn nicht zugestimmt werden könne, wenn die Menge ihrer Leistung hinter der von jungen Arbeitern zurückbleibe. Die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten scheint vielen Unternehmern nur dann genehm zu sein, wenn sie besondere Bedingungen ist. Der

Bayerische Industriellenverband hat in einer Gegenäußerung an die Bayerische Staatsregierung auf die Forderung der Gewerkschaften, daß die Kriegsbeschädigten nicht etwa als Lohnbrücker mißbraucht werden, und daß die Gewerkschaften zur Mitwirkung bei diesem Teile der sozialen Fürsorge herangezogen werden, ablehnend geantwortet. Hinsichtlich des Verlängens der Gewerkschaften, daß die bestehenden Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten zu gelten haben, sagt der Industriellenverband:

„Die Forderung der Gewerkschaften, daß den erwerbsbeschränkten Arbeitern der volle Lohn bezw. die vollen Tarifsätze zu zahlen seien, ist unerfüllbar... würde das Verlangen der Gewerkschaften auf vollen Lohn für Arbeiter mit verminderter Leistung aufrechterhalten werden, so würde die Industrie die Einstellung der Kriegsbeschädigten mit verminderter Arbeitsfähigkeit ablehnen müssen.“

In Arbeiterkreisen faßt man den Sinn dieser Stellungnahme dahin auf, daß die Unternehmer nur dann Kriegsbeschädigte beschäftigen, wenn sie als billige Arbeitskräfte in Betracht kommen. Ueber den Grad der Erwerbsbeschränkung werden die Meinungen häufig auseinandergehen, ebenso über den Begriff der Leistung. Diejen Schwierigkeiten zu begegnen, die etwa auftauchenden Gegensätze auszugleichen, liegt im wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit. Alle Bestrebungen, die auf dieses Ziel hinarbeiten, verdienen deshalb nachdrücklichste Unterstützung. Vor allem aber muß auf die Arbeitgeber eingewirkt werden, daß sie diese Fragen nicht einseitig allein entscheiden wollen, sondern mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen verhandeln und eine Verständigung ermöglichen. Nur auf diesem Wege ist Vertrauen und Zufriedenheit auf beiden Seiten zu erzielen.

#### Eine recht zeitgemäße Verfügung.

Der Berliner Magistrat hat nachstehende Verfügung erlassen, die im Interesse der gewerblichen Ausbildung der aus der Schule entlassenen Jugend sehr zu begrüßen ist. Die Verfügung lautet:

„Infolge des Krieges hat eine große Anzahl schulentlassener Knaben, die in Friedenszeiten zweifellos sich der Erlernung eines Berufes zugewandt hätten, vorübergehend als angelesene Arbeiter Beschäftigung gesucht. Da es jedoch nach dem Friedensschluß unbedingt nötig ist, die durch den Krieg gerissenen Lücken in den Reihen der gelernten Arbeiter wieder auszufüllen, wird man der Lehrlingsausbildung schon jetzt besondere Beachtung schenken müssen.“

Diese Notwendigkeit hat die Gewerbe-Deputation des Magistrats bereits durch Einstellung eines erhöhten Zuschusses an die Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung anerkannt. Die Unterkommisionen können in allen Fällen, wo Kriegsunterstützung gemäß § 2 des Gesetzes betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. 2. 1888, 4. 8. 1914 in Frage kommt, insoweit fördernd eingreifen, als sie für junge Leute, die in die Lehre treten wollen oder schon in einem Lehrverhältnis stehen, im Falle der Bedürftigkeit die Unterstützungen nach den Bestimmungen des § 2 des Gesetzes vom 28. 2. 1888 über das 15. Lebensjahr hinaus zahlen, um ihnen die Durchführung der Lehre zu ermöglichen.“

Durch diese Weitergewährung der Kriegsunterstützung für Kinder auch über das 15. Lebensjahr hinaus wird es den Kriegerfrauen wesentlich erleichtert, die aus der Schule entlassenen Kinder in die Lehre zu geben. Es wäre zu wünschen, daß man auch in anderen Städten diesem Beispiel folgte.

#### Die Kunst im Kriege.

In den Räumen der Berliner Sezession wird am 27. Februar eine Ausstellung eröffnet werden, der das Thema „Die Kunst im Kriege“ zu Grunde liegt. Diese Ausstellung verdankt ihre Entstehung zu einem guten Teile dem Widerspruch der Sozialreformer gegen die Erzeugnisse des Kriegsgewerbes. Den gemeinsamen Verbänden, die sich um die allgemeine kulturelle Schulung unseres Volkes bemühen, konnte es nicht gleichgültig sein, wenn Sinn und Interesse unserer Arbeiterschaft, unserer Jugend, unserer Feldgrauen durch geschmacklich unreife Erzeugnisse des Gewerbes planmäßig verdorben werden. Eine Verniedlichung des Krieges durch „Granaten“bonbonieren, aufklappbare Heldengräber, „Seeminen“-Attrappen entspricht nach ihrer Ansicht ebensowenig dem Ernst unserer Zeit wie Sparbüchsen aus der Gestalt Hindenburgs, Handtücher mit dem Kaiserbildnis, Aichenbecher mit Kronprinzenschöpfen. Die Sozialpolitiker erblicken aber auch in der Herabwürdigung des herrschenden jüdischen Güter zu einem Handelslager widerlichen Künzchen einen bellagenden Tiefstand unseres gesamten Arbeitslebens. Nicht allein, daß sie in den Tagen nationaler Größe die deutsche Arbeiterschaft vor dem Ankauf wertloser, in späteren Jahren unbedachteter oder verachteter Wiedergaben von Ereignissen, Gestalten und Gegenständen der Selbstverteidigung unseres Volkes zu bewahren wünschen, sehen sie den Arbeitsvertrag, das Arbeitsrecht durch die Kriegsgewerkschaften gleichermaßen gefährdet. Denn schlechte Arbeit bedeutet Herabsetzung der Löhne, Verschlimmerung der Arbeitsbehe, der Entlohnungsformen, kurz aller Erscheinungen, die das Arbeitsleben ang berühren. Die Sozialpolitiker wünschen mit der Gegenüberstellung von Beispielen und Gegenbeispielen in der Ausstellung an der Beiseitigung eines Missstandes mitzuwirken, der Volk und Kunst in gleicher Weise schädigen muß. Sie hoffen, den breiten Massen die Augen zu öffnen, was künstlerischer Niederstich des Kriegserlebnisses auf der einen, spekulative Ausnutzung der Kriegskonjunktur auf der anderen Seite ist.

#### Neuregelung unserer Kartoffelversorgung.

In doppelter Hinsicht hat unsere Kartoffelversorgung eine grundlegende Neuregelung durch Bundesratsbeschlüsse vom 7. Februar erfahren. Die eine Verordnung lautet dahin, daß ab 7. Februar alle eingeführten Kartoffeln an die Reichskartoffelstelle zu liefern sind, wobei die besetzten Gebiete nicht als Ausland gelten. Die praktische Bedeutung dieser Maßnahme besteht darin, daß die zu erwartenden Auslandslieferungen an Frühkartoffeln einheitlich erfasst und bedarfentsprechend verteilt werden können. So wird vermieden, daß sich diese Zufuhren verzetteln; bei der Anlieferung an die Zentrale gewinnt diese eine Uebersicht über die Einfuhr und kann viel leichter disponieren.

Die zweite eingreifende Regelung geht dahin, daß die Gemeindeverbände verpflichtet sind, die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Speisekartoffeln bis zur nächsten Ernte zu übernehmen, Vorräte zu beschaffen, soweit der eigene Bezirk noch nicht versorgt ist. Natürlich setzt die Erfüllung dieser Verpflichtung eine Bestandsaufnahme voraus, und so haben alle Gemeindeverbände bis zum 25. Februar festzustellen, welche Mengen im Mindestbetrage von 10 Kilo (soweit die Landeszentralbehörden diesen Satz nicht ändern) sich innerhalb des Bezirks des Gemeindeverbandes befinden, sowohl im Gewahrsam der Gemeinden, wie auch der Händler und Verbraucher. Mit der Bestandsaufnahme allein ist über die gesamte zur Verfügung stehende Menge nichts ausgemacht; Verträge auf spätere Lieferungen verändern das Bild des tatsächlichen Versorgungsstandes, und darum ist gleichzeitig anzugeben, welche Kartoffelmengen jeder Bezirk auf Grund rechtsgültiger Lieferungsverträge in der fraglichen Zeit zu erhalten bezw. abzugeben hat. Das Ergebnis dieser Feststellung ist der Reichskartoffelstelle bis zum 10. März mitzuteilen. Nicht unter die tatsächlichen Bestandsaufnahmen fallen die Vorräte, die sich im Besitz der Kartoffelerzeuger befinden, allerdings kann der Reichskanzler deren Erhebung veranlassen.

Er gibt sich, daß die tatsächlich oder rechtlich im Verfügungsbereich der Gemeinden stehenden Vorräte den Bedarf bis zur nächsten Ernte nicht decken, so ist der Fehlbetrag bis zum 10. März bei der Reichskartoffelstelle anzumelden; diese überweist dann den Fehlbetrag entweder selbst oder durch Vermittler oder durch Ueberschußbezirke. Die kommunalen Verbände haben die angeforderten Mengen am Verladeort abzunehmen, bezw. durch Lieferungsverträge die Abnahme sicherzustellen; sie haben auch dafür zu sorgen, daß die Kartoffeln ausschließlich Speisezwecken zugeführt werden.

Die Kommunalverbände können die Regelung der Versorgung den Gemeinden für deren Bezirk übertragen. Gemeinden über 10000 Einwohner können die Uebertragung verlangen. Wo Lagerräume fehlen, können die Gemeinden sie gegen Vergütung in Anspruch nehmen.

Soweit die Versorgung der Bevölkerung für die Zeit bis zum 15. März es nötig macht, haben die Gemeinden die Kartoffelvorräte, die sich in ihrem Bezirk in Gewahrsam der Händler befinden, zu übernehmen, und in Laufende, bis zum 15. März zu erfüllende Lieferungsverträge einzutreten, soweit es sich nicht um Lieferung für Heer und Marine handelt. Die Händler sind zur käuflichen Ueberlassung ihrer Vorräte verpflichtet, notfalls tritt Enteignung ein.

Der leitende Gedanke auch dieser Regelung ist: der Versorgungsstand soll genau erfasst werden, denn alle zentrale einheitliche Regelung setzt voraus, daß man die Bedingungen der Regelung, in diesem Falle die Vorräte und den Bedarf, kennt. Als ein Schritt zur Rationierung unserer Gesamtversorgung auf dem wichtigsten Nahrungsgebiete sind beide neuen Verordnungen sehr zu begrüßen.

#### Die Brotversorgung.

Die genügende Brotversorgung schien in Frage gestellt. Eine im Juli 1915 vorgenommene Schätzung der Ernte ergab 10 1/2 Millionen Tonnen, während eine gute Ernte 14 bis 15 Millionen Tonnen ergibt. Das Ergebnis der Schätzung war also wenig erfreulich. Eine Bestandsaufnahme am 16. November wies ein Ergebnis auf, das noch ungünstiger war wie die Schätzung vom Juli. Daraufhin haben sich die maßgebenden Stellen veranlaßt, einschränkende Maßnahmen anzuordnen, um den Verbrauch den vorhandenen Vorräten anzupassen. Zugleich schienen ihnen aber auch selbst Zweifel über die Richtigkeit der von den Landwirten gemachten Angaben aufzusteigen. Die veranlaßten Stichproben ergaben denn auch, daß diese Zweifel berechtigt und die wirklich vorhandenen Brotgetreidemengen größer waren. Eine im Februar neuerdings angeordnete Bestandsaufnahme bestätigte das. Ueber ihr Ergebnis und über die zukünftige Versorgung mit Brotgetreide berichtete der Präsident der Kriegsgetreidegesellschaft, Unterstaatssekretär Michaelis, im preussischen Abgeordnetenhaus. Darnach ist der Fehlbetrag, der vorhanden war, gut und sicher gedeckt und außerdem noch eine Reserve von 200000 Tonnen vorhanden. Ueber die direkten Nahrungsvorgen seien wir hinaus. Gewisse Sorgen verursache aber die diesjährige schlechte Qualität des Getreides. Das Getreide müsse trotzdem voll erfasst werden, auch die schlechteren Qualitäten; dann aber sei zu erreichen, daß unsere Bevölkerung bis zuletzt zu angemessenem Preise mit ausreichendem Brot versorgt werden kann.

#### Ein entlarvter Schwindler.

In der „Pöln. Volksztg.“ vom 30. Januar offerierte ein Joseph Knaup aus Erlenswid bei Reddinghausen 5 Wagon Schmalz zu 310 M., 10-22 Wagon Schmalz zu 318 M., 5 Wagon Kunstspeisefett zu 256 M. pro Zentner, 50 Wagon Steinsalz zu 350 M., den Wagon und 8 Wagon Schmalzerfatz zu 170 M. pro Zentner. Das gleiche Angebot machte er im „Westfälischen Merkur“ vom 4. Februar. Am 15. Februar suchte er in den



„Nachrichten“, Lokalblatt für Erben, für „seine Auftraggeber“ Schmalz, Fette und Erben zu kaufen. Am 16. bot er dann im „Merkur“ wiederum Schmalz, Kunstseife, Schmalzerlisch und Steinsalz an, während er tags darauf in den „Nachrichten“ solche Ware wiederum „gegen sofortige Kasse“ für seine „Auftraggeber“ zu kaufen suchte. In der einen Zeitung bot er also Ware an, in der anderen suchte er solche zu kaufen.

Der Schwindel lag also ziemlich klar zutage. Unser Bezirksleiter, Kollege Camps in Münster, der die Annahmen verfolgt hatte, wollte eben das Generalkommando in Kenntnis setzen und dessen Einschreiten veranlassen, da kam ihm aus dem „Merkur“ nachstehende Lokalnotiz zu Hilfe:

„Erkenntnis, 16. Februar. Verhaftung eines Lebensmittelschwindlers. Wegen Unzuverlässigkeit wurde am Montag durch eine Verfügung des Landrats dem Händler und Bergmann Joseph Knapp von hier der Handel mit Lebensmitteln usw. verboten. Weitere Ermittlungen ergaben, daß K. einen regelrechten Vorkurschwindel betrieb. Er inserierte in großen und kleinen Zeitungen ganze Wagonladungen Lebensmittel und ließ sich von vertrauensfertigen Bestellern, die er durch Briefbogen mit prolierischem Ausdruck (Telegrammadresse, Girokonto usw.) betörte, namhafte Vorkäufe zahlen. Diese brachte er, während die Ware natürlich ausblieb. Die Polizei nahm nunmehr den Schwindler fest. Er wird wegen Betrugs und Unterschlagung zu verurteilt werden.“

Das Anbieten größerer Mengen Nahrungsmittel in Zeitungsinserten hat schon viel böses Blut gemacht. Wie das obige Beispiel zeigt, handelt es sich nicht immer um wirklich vorhandene Vorräte, sondern oftmals um Versuch gewissermaßen Elemente, jene, die nie alle werden, zu begaunern. Nicht alle gehen dabei so plump zu Werke, wie das dieser Knapp getan hat. Allerdings ist solchen unfauberen Kumpeln heute das Handwerk wesentlich erschwert, weil sie den Inseraten Namen und Adresse beifügen müssen. Das hat offenbar auch im oben erwähnten Falle die Entlarvung des Schwindlers erleichtert.

**Ein neuer Triumph der deutschen Wissenschaft.**

Wir bezogen bisher das sogenannte Ferrromangan, ein aus manganreichem Erz gewonnenes Zusatzmittel, das zur Herstellung von hochwertigem Eisen und Stahl gebraucht wird, aus dem Kaukasus und aus Indien. Infolgedessen rechneten unsere Feinde mit Bestimmtheit auf die Tatsache, daß durch die Unterbindung der Zufuhr ausländischer Manganerze die deutsche Stahlproduktion und damit auch die Herstellung von Granaten zunächst in der Güte, dann aber auch in der Menge schnell bergab gehen müsse. Darin haben sich unsere Feinde gründlich geirrt, wie nachstehende Pressenmeldung besagt:

„Auf lange Zeit ist Deutschland auch heute noch mit Manganerzen versorgt, ohne die Mengen, die deutsche Bergwerke fördern und die zur Not allein ausreichen, um genügende Munitionsmengen anzufertigen. Der Krieg hat aber darüber hinaus deutsche Wissenschaft und Technik veranlaßt, sich mit dem Ersatz des Ferrromangans für Stahlherzeugung zu beschäftigen. Die Ersatzfrage ist gelöst. Das Material wird aus inländischen Grundstoffen hergestellt, die sich in gewaltig großen Mengen im Inland gewinnen lassen. Anlagen hierfür sind schon im Betriebe und noch größere im Bau. Das Verfahren wird uns dauernd von der Zufuhr im Auslande unabhängig machen. Es bedeutet gleichzeitig einen Fortschritt und ist wirtschaftlicher als das bisherige Verfahren. Wie auf so manchen anderen Gebieten wird auch hier durch die Politik der Absperrung das Gegenteil erreicht werden von dem, was ihre Urheber beabsichtigen.“

Unsere Feinde sind also um eine weitere Enttäuschung reicher.

**Aus unserer Industrie.**

**Die Wirkungen der Beschlagnahme.**

C. T. I. Ueber die Wirkungen der behördlichen Beschlagnahme auf das Geschäft in Webstoffen läßt sich im Augenblick, nachdem die betreffende Verordnung erst zehn Tage in Kraft ist, natürlich ein abschließendes Urteil noch nicht fällen. Das letztere gilt insbesondere hinsichtlich der Großbetriebe, d. h. bezüglich der Webereien, Wirkereien und Strickereien. Es wird abzuwarten sein, welchen Einfluß hier die Verordnung auf die Beschäftigung im allgemeinen ausübt und welches Ergebnis sie bezüglich der Warenbestände gehabt hat. Die Tätigkeit der deutschen Woll- und Halbwoolwebereien, welche für den Heeresbedarf arbeiten, ist fast überall noch eine vollständige, ganz besonders im niederrheinischen Industriegebiet, während andererseits die Beschäftigung in einzelnen Teilen der Weberei, welche Domestoffe arbeitet, etwas nachgelassen hat. Auf die von der neuen Verordnung ebenfalls betroffene Wäsche-Fabrikation ist eine Wirkung infolge schon heute festzustellen, als der „Verband Deutscher Herrenwäsche-Fabrikanten“ eine Orderrsperrung beschlossen haben soll, solange, bis auf seine Eingabe an die Behörden eine Wiltberung erfolgt ist. Der Zwischenhandel für Gewebe ist in seinem überwiegenden Teil noch mit der Bestandaufnahme der beschlagnahmten Waren beschäftigt; von einer erheblichen Schädigung dieses Erwerbszweiges wird man kaum etwas zu befürchten haben. Frgend welche zuweilfälligen Angaben über die durch die Maßnahme bewirkten Betriebsbeschränkungen oder Arbeiterentlassungen in den bearbeitenden Industrien liegen bis zur Stunde nicht vor. Am ehesten läßt sich vielleicht ein Urteil über das Ergebnis der Beschlagnahme in Bezug

auf den Einzelhandel im Webstoffgewerbe feststellen. Die zum Verkauf freigegebenen Waren, insbesondere die in besseren Beschaffenheiten, sind bislang in den gewohnten Mengen verkauft worden, eine stärkere Nachfrage wurde kaum bemerkt; in Bezug auf billigere von der großen Menge benötigten Waren ist das gleiche festzustellen. In letzterer Hinsicht erwartet man überdies noch Wiltberungen der erlassenen Bestimmung.

**Ungünstige Lage des englischen Textilwaren-Ausfuhr-geschäftes.**

C. T. I. Die Hoffnungen der Textilwaren-Ausfuhrhäuser in Bradford und Manchester, daß sich im Verlauf des Krieges die Geschäfte wenigstens mit den neutralen Ländern bessern würden, haben sich nicht erfüllt. Ebenso liegt der Verkehr mit den England verbündeten Ländern bedeutend ungünstiger als sonst. Die polnische Textilindustrie, welche ein großer Abnehmer für Wollen- und Baumwollgarne und teilweise für Gewebe war, ist ausgeschlossen; außerdem sind die Forderungen, welche Frankreich und Lancashire in Lodz und Bialystok und anderen besetzten Gebieten Rußlands haben, äußerst beträchtliche. Moskau und Petersburg kommen nur für die Ausfuhr von Wollen, Kammzügen und Kammkämmen in Betracht; die früher dorthin gelieferten großen Mengen von Geweben fallen gleichfalls aus, da die englischen Webwarenfabrikanten für den Heeresbedarf arbeiten müssen. Die Ausfuhr von Kamm- und Webmaschinen nach dem Kontinent, welche sich auf viele Millionen von Pfund jährlich bezifferte, ist dem Bradforder Ausfuhrhäusern vollständig verloren gegangen. Aber auch im Verkehr mit den überseeischen Ländern sind die Geschäfte sehr geringfügig. Viele Manchester und Bradforder Ausfuhrfirmen sind aufgelöst oder haben, da im Besitz von Deutschen oder Oesterreichern, ihre Tätigkeit einstellen müssen.

**Vermehrung des Glashausens in Sachsen.**

Der Landeskulturrat und die Landwirtschaftlichen Kreisvereine im Königreich Sachsen wenden sich mit folgendem Aufruf an die sächsischen Landwirte:

„Die jetzigen Verhältnisse im Weltkrieg drängen zu einer erheblichen Vermehrung der Anbaufläche des Flachses in Deutschland. Es ist nicht nur wünschenswert, größere Mengen von Del durch den Leinamen zu gewinnen, sondern auch die Flachsfaser wird unbedingt in größerem Umfange benötigt. Gleichzeitig wird dadurch aber auch erreicht, daß bei der Verarbeitung des Leins zu Del erhebliche Mengen von guten eiweißreichen Futtermitteln der Landwirtschaft zugeführt werden. Es ist nun möglich gewesen, den hierzu erforderlichen Leinamen seitens des Reiches zur Verfügung gestellt zu erhalten. Wir fordern

**Mit den Schippem zur Front.**

(Schluß.)

In der Frühe des 23. Oktober sind wir auf dem Wege nach ... dort treffen wir nach mehrstündigem Marsche ein. Der Ort ist zum größten Teil noch unbesetzt und noch bewohnt. Es findet dort während unseres Aufenthaltes, wie ich aber erst am nächsten Tage beim Abmarsch erfahre, eine Hochzeit statt. Ein geräumiges Bauernhaus ist hier mein Quartier. Es wohnen noch zwei Familien dort. Ich habe auch hier Gelegenheit, einen Blick in den Aufenthaltsraum einer der Familien zu tun. Es sind acht Kinder da, dazu die Eltern, also 10 Personen in einem Räume, der kaum 20 qm groß ist. Ein Tisch, eine Bank, und ein kleines Schränkchen, an den Wänden sind Britschen angebracht, die als Lagerstätten dienen. Das ist auch hier wieder die ganze Ausstattung des Raumes. In der Nähe des gemauerten Herdes sehe ich die Lagerstätte für das Stroh. Es ist ein aus Stroh geflochtener Korb mit der Form einer Kuschale. Mittels eines Strickes ist er an der Decke befestigt. Er hängt frei im Raume, ungefähr 1,30 m vom Boden entfernt. In der Stube selbst ist kaum Platz um sich zu bewegen. Die ganze Familie ist verärrmelt. Der Bauer ist gerade dabei, Holz zu zerhacken. Mit einem Kopfschütteln ziehe ich mich zurück. Für uns sind solche Zustände einfach unbegreiflich.

Schon früh am anderen Morgen sind wir wieder auf den Weinen. Das Ziel für heute ist ... wir treffen nachmittags 2 Uhr dort ein. In einem großen Gutshof sollen wir Quartier finden. Dort hat sich schon eine Trainkolonne häußlich niedergelassen, doch muß der von derselben eingerichtete Wärraum auf Einpruch unseres Führers geräumt werden. Während es sich die andern bequem machen, bemühe ich die mir bleibende Zeit, das Herrschaftshaus zu besichtigen. Teilweise ist es ausgeräumt, doch lassen die noch vorhandenen Einrichtungstücke darauf schließen, daß der Besitzer sehr wohlhaben sein muß. Ein Zimmer enthält sogar noch die Bibliothek. In großen Schränken sind eine Unmenge Bücher aufgestapelt. Das untere Stockwerk enthält 6 Räume; ein Küchenraum, ein Arbeitszimmer, ein Wohnzimmer, ein schönes Wohnzimmer und ein großer Gesellschaftsraum, in dem zwei mächtige, weiß glasierte russische Kamine eingebaut sind. Die Schlafräume liegen im oberen Stockwerk. Die Umgebung macht keinen guten Eindruck. In die eine Seite des Hauses stößt der Park, derselbe ist total vernachlässigt. Ebenso verwildert ist der an der Nordseite liegende Obst- und Gemüsegarten. Zwergobstbäume und Beerensträucher lassen erkennen, daß sie schon Jahre lang die sachkundige Hand des Gärtners entbehren mußten. Sicht russische Lotterwirtschaft.

Am 27. kurz vor Mittag treffen wir in ... ein. Die Stadt galt als einer der Hauptstammplätze der russischen Armee und liegt an der Bahnlinie. Eine weitere Linie führt in das Innere des Landes, sie kreuzte bei ... die Straße. Schon beim Einmarsch fallen mir links außerhalb der Stadt auf einer kleinen Anhöhe liegend, große Kasernenanlagen ins Auge. Sie sind noch ganz neu und sollen mehreren Regimentern Raum bieten. Die Bevölkerung besteht zum größten Teil aus Juden, die auch den ganzen Handel hier in den Händen haben. Geschäftliches Leben und Treiben herrscht in der Stadt. Schwere Lastautos

poltern über das holperige Pflaster. Fuhrpartikolonnen kreuzen ihren Weg. Dazwischen kleinere Trupps Urlauber, deren Weg von uns zur Front geht. Wir müssen zur Kommandantur, um dort unser weiteres Marschziel zu erfahren. Auch muß für den heutigen Tag Unterkunft beschafft werden. Auf dem Wege dorthin kommen wir am Markt vorbei. Hier bieten die Fleischer ... ihre Waren feil. Im Hause selbst sind sie zum Verkauf nicht eingerichtet. Der Preis des Fleisches ist sehr niedrig, unsere Hausfrauen werden gewiß darüber erstaunt sein. Das russische Pfund kostet 30 Pfg., das wäre also auf das Deutsche umgerechnet 40 Pfg. Alle übrigen Lebensmittel sind noch teurer wie bei uns. Salz, Zucker, Petroleum und Kerzen sind überhaupt nicht mehr zu haben. Die Geschäftsinhaber sind deshalb auch genötigt, bei Einbruch der Dunkelheit ihre Lokale zu schließen. Die Straßen sind elektrisch beleuchtet, aber nur sehr mangelhaft. Die Lichtquelle ist ein Beleuchtungswagen des Armeekorpskommandos. Ein einziges Hotel und ein paar Privathäuser haben auch dieselbe Beleuchtung. Alle diese Beobachtungen mache ich im Laufe des Tages, nachdem wir in einer alten russischen Kaserne ein Unterkommen gefunden haben. Das Bahnhofgebäude ist auch hier wie überall abgebrannt, sonst hat die Stadt noch weniger gelitten als Grodno.

Nach einem in ... verbrachten Ruhetag geht es in der Frühe des 27. weiter. Der Tag bringt uns nichts Bemerkenswertes. Während der folgenden Nacht tritt starker Frost ein und in der Frühe des 28. beginnt es lustig zu schneien. Nun wird der Marsch für unsere Schippem, die solche Strapazen noch nicht gewohnt sind, immer beschwerlicher. Wir haben uns bis jetzt immer an die Bahnlinie gehalten. Gerade passieren wir eine Station, wo etliche Urlauber aus der Front eingetroffen sind. Sie wollen mit einer Maschine, die auf der Straße Probefahrten unternimmt, nach ... fahren. Um ihr Gepäc nicht tragen zu müssen, haben sie von der Front ein Fuhrwerk mitgebracht. Nach kurzem Hin und Her ist der Besitzer derselben bereit, mit uns zu fahren, um das Gepäc der Zurückbleibenden nachzuführen. Nun sind aber die russischen Wagen sehr klein und nach kurzer Zeit bin ich genötigt, mich nach einem zweiten Wagen umzusehen. Ganz nahe der Bahnlinie liegt ein Dorf. Ich nehme mir zwei Mann mit, um dort ein Gespann aufzutreiben. Gleich im ersten Hof sehe ich einen Wagen stehen, aber ein Pferd ist leider keines zu finden. Mit Hilfe eines Artilleristen, der dort im Quartier ist, und etwas polnisch kann, wird die Suche nach einem Pferd fortgesetzt. Gerade betreten wir einen Hof, als schon einer meiner Leute, die vorausgegangen sind, ein kleines Pferd aus dem Stalle zerrt. Der Besitzer ist zugegen, und beginnt heillos zu schimpfen. Doch es hilft ihm nichts. Da er trotz angebotener Bezahlung die Fahrt nicht unternehmen will, wird das Pferd „requisitiert“. Die Sache ist für uns erledigt. Wir lassen den schimpfenden Bauer stehen und gehen unsere Wege. Dieselbe Szene wiederholt sich beim Besitzer des Wagens. Auch hier wird kurzer Prozeß gemacht. Auf meinen Wink nehmen meine Begleiter den Sohn des Bauern, der während der ganzen Verhandlung häßlich grinsend zugehört hat, beim Widel und setzen ihn auf den Wagen. Dann gehts im Trab zum Hof hinaus, den Bauern und seinen Anhang mit verbuchten Blicken zurücklassend. Der Junge hat sich mit seinem Schicksal bald versöhnt, ein par Zigaretten die ich ihm in die Hand drücke, haben das zuwege gebracht.

Es hat doch etwas lange gebauert mit der Beitreibung des Gefährts. Die marschierende Kolonne ist längst unsern

Blicken entschwinden. Nach einständiger scharfer Fahrt holen wir die ersten Nachzügler ein; sie geben ihr Gepäc ab und können nun so erleichtert mit dem Wagen Schritt halten. Nach einer weiteren Stunde sind wir der Kolonne, die eine kurze Rast gemacht hat, bis auf wenige hundert Meter nahe gekommen. Das Gepäc auf unserm Wagen wird immer mehr. Der junge Bauer, der bis jetzt auf dem Wagen saß, muß sich entschließen, den übrigen Teil des Weges zu Fuß zu gehen. Ich kann mich nicht mehr um ihn kümmern, denn ich habe darauf zu achten, daß meine Nachzügler mit dem Gepäc gleich Schritt halten. Die Entfernung zwischen dem Bauer und uns wird immer größer. Wir fahren jetzt wieder durch Wald, und einer meiner Leute macht mich darauf aufmerksam, daß unser Führer verwundet ist. Wahrhaftig, er hat die Gelegenheit benützt, und sich seitwärts in die Büsche geschlagen. Das verpricht ja gut zu werden. Ohne Bezahlung bin ich noch Fuhrwerksbesitzer in Rußland geworden. Die Nacht bricht herein. Wir müssen heute noch an's Ziel. Vor uns, links und rechts der Bahn tauchen wieder menschliche Wohnstätten auf. Jetzt ist es ganz dunkel geworden, sodas wir die marschierende Kolonne nicht mehr sehen können. Nun ist guter Rat teuer. Eine Karte steht mir nicht zu Verfügung, auch kann ich trotz aller Bemühungen in den beiden oben genannten Orten, die mit Truppen besetzt sind, keine aufreiben. Ich erkundige mich nach unserem Bestimmungsort, auch er ist unbekannt hier, trotzdem wir schon in dessen Nähe sein müssen. Kurz entschlossen halte ich mich auch auf dem Weitermarsche an die Bahnlinie. Wieder passieren wir ein Dorf. Eine Pionierkompanie ist hier einquartiert und ich besofortige nun auch die so lange ersehnte Karte zu sehen. Nach derselben befinden wir uns noch höchstens 4 Kilometer von unserm Ziele entfernt. Schon sind wir wieder über eine Stunde unterwegs und immer noch keine Spur von unserem Endziel. Ich habe mir den weiteren Verlauf der Straße so gut gemerkt, daß ein Ferkel meinerseits völlig ausgeschlossen ist. Weit und breit ist keine Seele zu sehen, alles in tiefster Ruhe. Das kommt mir nun doch verdächtig vor. Nach einer weiteren Viertelstunde begegnet uns ein Offizier. Von ihm erhalte ich Aufklärung wo wir uns befinden. Immer noch gut 4 Kilometer haben wir vor uns. Ich mache den Herrn darauf aufmerksam, daß wir der Karte nach längst an Ziele sein müßten. Er gibt mir Recht und erklärt lachend, daß die Gegend von unserer Vermessungsabteilung noch nicht aufgenommen, sondern nach russischer Karte gezeichnet ist und gerade hier an dieser Stelle einen kleinen Fehler aufweist.

Wir schneiden nun den Weg ab und gehen querfeldein in der bezeichneten Richtung vorwärts. Endlich nach 2/3 stündiger mühseliger Wanderung über's Stoppelfeld kommen wir an's Ziel. Es ist auch höchste Zeit. Unser armes Köhlein ist an der Grenze des Möglichen angelangt. Ein warmer Stall und eine gewisse Portion Futter werden ihm wieder auf die Weine helfen. Auch die mit mir angekommenen Nachzügler sind totmüde, sie waren kaum noch vorwärts zu bringen. Die andern sind schon längst im Quartier und auch wir sind nach kurzer Zeit soweit, daß wir die ersehnte Ruhe genießen können. In der Frühe des nächsten Tages erfolgt die Uebergabe der Mannschaften an das Bataillon. Damit ist unser Auftrag erledigt, und einige Stunden später befinde ich mich mit dem übrigen Teil des Kommandos auf dem Rückmarsche, um mit der Bahn ... die Rückfahrt anzutreten.



baher diejenigen Landwirte, die bisher bereits Flachsbau angebahnt haben, zum vermehrten Anbau auf und haben den dringenden Wunsch, daß auch alle die Landwirte, die keinen Flachsbau mehr anbauen oder überhaupt noch nicht angebahnt haben, dieses Jahr eine bestimmte Menge Lein samen beziehen und zur Aussaat verwenden. Eine in jüngster Zeit gegründete Flachsflachsbaugesellschaft wird einerseits Samen in bester Qualität liefern, andererseits die Flachsfasern zu den im Verträge festgesetzten Preisen in den verschiedensten Bearbeitungsstadien abnehmen. Besonders betont wird, daß auch roher Stengel flachs Abnahme findet. Der Flachsbaubauer verpflichtet sich, seine gesamte Flachsente dieser Gesellschaft zu überweisen. Alles Nähere geht aus dem festgesetzten Verträge hervor, der, mit Unterschrift versehen, unverzüglich, spätestens aber bis zum 28. Februar 1916, an den zuständigen Landwirtschaftlichen Kreisverein einzuliefern ist. Die hierin festgesetzten Preise für die Faser sichern einen lohnenden Anbau, zumal der Preis für den Leinsamen ebenfalls sicher ein verhältnismäßig hoher sein wird. Es soll auch versucht werden, daß die dem Landwirt außer dem Saatgut zur freien Verfügung verbleibende Menge von 5 auf 10 Doppelpentner erhöht wird. Kein Landwirt stehe deshalb zurück. Jeder baue eine bestimmte Fläche mit Flachs im Kriegsjahre 1916 an. Er fördert damit die Interessen der Allgemeinheit, aber auch gleichzeitig die der Landwirtschaft.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Berichte aus den Ortsgruppen.

**Greiz i. V.** Die Jahresgeneralversammlung unserer Ortsgruppe fand am Sonntag, den 30. Januar im Volkshaus statt. Der Besuch war gut. Die Hauptpunkte der Tagesordnung waren: Kasienbericht und Vorstandswahl. Den ersten erstattete Kollege Ködel, zunächst für das 4. Quartal 1915, und dann für das ganze verlossene Jahr. Derselbe Kollege gab auch den Geschäftsbericht, der viel Interesse fand, da er einen Rückblick auf die von der Ortsgruppe geleistete Arbeit enthielt. Kollege Heinrich Schmidt dankte dem Kollegen Ködel für seine Mühe und Unterstützung und sprach den Wunsch aus, daß dieser der Ortsgruppe noch lange erhalten bleibe und nicht auch noch zum Heere eingezogen werde. Die Vorstandswahl wurde wieder wie im letzten Jahr aufgeschoben bis nach dem Kriege. Die Stelle eines zum Heere eingezogenen Beisitzers wurde durch den Kollegen Oskar Schubert besetzt. Als Kasienrechnen bestimmte die Versammlung die Kollegen Drechsler und Hertel. Nachdem noch verschiedene Anfragen über die Arbeitslosenfürsorge beantwortet waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Soll.** Unsere Tätigkeit während des Krieges lautete das Thema, das in unserer Generalversammlung, der auch der Herr Pastor kurze Zeit beimohnte, behandelt wurde. Vorher wurde noch an Stelle des verstorbenen Vorsitzenden der Kollege Ad. Günz einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Nachdem noch der Kasienbericht erstattet und dem Kassierer Entlastung erteilt war, erhielt Kollege Lenzen das Wort zum Vortrag. Er streifte erst die Einwirkung des Krieges auf die Geschäftslage in den ersten Kriegsmonaten und beschäftigte sich dann mit dem Verhalten unserer Arbeiter gegenüber der Organisation gegenüber. Einige Arbeitgeber, die sich bei Gelegenheit erlaubt hatten zu sagen, die Organisation wäre bankrott, sie wüßte jetzt nichts mehr machen, mußten bald nachher erfahren, daß die Organisation doch noch da war. Diese Arbeitgeber mußten sich sogar herbeilassen, erhebliche Lohnaufbesserungen zu bewilligen. Gleiches geschah in vielen anderen Betrieben. Nur dort waren Verbesserungen nicht zu erreichen, wo die Organisation noch nicht eingeführt war. Des weiteren hat die Organisation in der Konsumantenvereinigung viel mitgewirkt an der Regelung der Lebensmittelfrage. Der Referent legte ferner dar, was betrefft die Arbeitslosenfürsorge bis dahin schon geschehen sei und was noch alles zu geschehen habe. Zum Schluß ermahnte er die Anwesenden, dem Vorstand und den Vertrauenspersonen treu zur Seite zu stehen und mitzuwirken, damit die Arbeiterschaft nach dem Kriege gestärkt dastehen und sich ihre Zukunft aus eigener Kraft gestalten könne. Der Vorsitzende empfahl diese Mahnung zu beherzigen und schloß dann die Versammlung.

**Sudenwalde.** Mit der Ehrung eines Gefallenen wurde die Generalversammlung unserer Ortsgruppe eröffnet. Die Ehrung galt dem Mitglied Winterstein, dem Sohne unseres Vorsitzenden. Der Vorsitzende besprach sodann den Stand der Arbeitslosenfürsorge für die Textilarbeiter hiesiger Stadt. Man würde sich bezgl. der Grundzüge und der Unterstützungshöhe wahrscheinlich jenen für die Niederlande einig sein lassen. Diese Lösung sei nicht die schlechteste. Noch vor drei Monaten teilte der Magistrat zu Sudenwalde unserem Bezirksleiter auf eine Eingabe hin mit, daß für die Textilarbeiter nichts Besonderes getan werden könne außerhalb der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge.

Unser bewährter Vorsitzender, Kollege Edward Winterstein, wurde durch Zuruf wieder an die Spitze der Ortsgruppe gestellt; zum Schriftführer wurde sein Sohn bestimmt.

**Neustadt (Schlesien).** Ueber „Gewerkschaftliche Zeitfragen“ sprach der Verbandsschriftführer, Kollege Voigt aus Dresden, in unserer letzten Mitgliederversammlung. Zuvor gab der Vorsitzende, Kollege Wehner, die Namen der im letzten Vierteljahr verstorbenen und im Kriege gefallenen Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe bekannt, zu deren Ehren die Anwesenden sich von ihren Plätzen erhoben. Alsdann kam der Referent zum Wort. Er hob eingangs seiner Darlegungen hervor, daß für die Textilarbeiter die öffentliche Fürsorge für vollständig erwerbslos und solche mit unzureichenden Verdiensten im Vordergrund des Interesses stehe. Der christliche Textilarbeiterverband habe von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß den in ihrem Erwerb geschädigten Arbeitern der heimlichen Industrie, wenn nicht andere geeignete Arbeit nachgewiesen werden kann, ausreichende Geldunterstützungen aus öffentlichen Mitteln zuzuführen wüßten. Bei Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden ist der Verband in dieser Richtung erfolgreich tätig gewesen. Schon im Oktober seien in einer ausführlichen Eingabe dem hiesigen Magistrat Vorschläge zur Einrichtung der Textilarbeiterfürsorge durch den christlichen Textilarbeiterverband unterbreitet worden. Wenn die für Neustadt aufgestellten Unterstützungsgrundzüge zwar nicht alle gewünschten Punkte berücksichtigten, so würde doch mit der in den nächsten Tagen erfolgenden Ausarbeitung des ersten Unterstützungsplanes an die in der Stadt wohnenden Textilarbeiter für den Monat Januar

endlich der Anfang gemacht. Die Einziehung der in den Landgemeinden Wohnenden und in Neustadt Beschäftigten können ebenfalls nur noch ganz kurze Zeit auf sich warten lassen. Auch diese Textilarbeiter würden sicherlich auf rückwirkende Kraft ihrer Unterstellungen bis zum 3. Januar rechnen können. Die christliche Gewerkschaft erstrebe ebenfalls in dieser Hinsicht eine Gleichstellung aller in Neustadt arbeitenden Textilarbeiter. Erwünscht sei allerdings, daß in den Unterstützungsgrundlagen noch zum Ausdruck gebracht würde, daß sie im Arbeiter von der Fürsorge nicht ausgeschlossen seien. Die Organisationen im Textilgewerbe besäßen sich nunmehr auch mit der Unterbringung der kriegsinvaliden Textilarbeiter. Diese Frage ist von größter Bedeutung und biete zugleich mächtige Schwierigkeiten, die es durch Zusammenarbeit von Behörden, Unternehmern und Arbeitern zu überwinden gilt. Ein Herunterdrücken der Lohnhöhe der Arbeiter durch Einstellung von Kriegsinvaliden dürfe keinesfalls stattfinden. Andererseits könne sich weder der Arbeitgeber noch der Arbeiter der Pflicht entziehen, auf angemessene Entlohnung kriegsinvalider Arbeiter Bedacht zu nehmen. Der Krieg habe der Frauenerwerbsarbeit in nie gekanntem Umfang Bedeutung gegeben. So wertvoll das gegenwärtig sei, so sicher würde es bei der Rückkehr der Männer nachteilig wirken, falls diesen die Arbeitsplätze nicht freigemacht würden. Daß Frauenerwerbsarbeit die Lohnpolitik für die Arbeiterschaft meist ungünstig beeinflusst, sei außerdem zu bedenken. Dem Arbeitsnachweiswesen würden nach Kriegsende große Aufgaben zufallen und es sei bringende Pflicht, sich allenthalben jetzt schon darauf vorzubereiten. Dabei müsse als oberster Grundsatz gelten, den Arbeitsnachweis herauszuheben aus aller Parteien Streit und Mißbrauch. Auf den angeordneten Gebieten würde der christliche Textilarbeiterverband die Interessen der Arbeiter mit allen geeigneten Mitteln zu vertreten wissen. — Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine ausführliche Aussprache. Der Wunsch bestand allgemein, daß die Unterstützungsgrundzüge sobald als möglich amtlich öffentlich bekannt gegeben werden möchten, damit jeder Beteiligte sich zu unterrichten vermag. Der Verbandsleitung wurde von der Versammlung gebittet für ihr erfolgreiches Eintreten für dieses Unterstützungsziel. Die zahlreich Versammelten, die der Saal kaum fassen konnte, gingen unter dem Grusse „Gott segne die christliche Arbeit“ auseinander.

**Waldbirch (Baden).** Ueber Erwarthen gut besucht war die am Sonntag, den 30. Januar, stattgefundene, von der Gemeinde einberufene öffentliche Versammlung. Sie diente zur Aufklärung der hiesigen Arbeiterschaft über die Erwerbslosenfürsorge. Herr Ratsschreiber Gerber der die Versammlung leitete, erteilte unserm Kollegen Gewerkschaftssekretär Buchner, der das Referat übernommen hatte, das Wort. Durch Ausführung der Gründe, die zur Schaffung der Erwerbslosenfürsorge führten, durch Verlesen der Statuten und durch Anführung verschiedener Beispiele, ermöglichte es der Redner der Versammlung, sich ein klares Bild über die Einrichtung der Erwerbslosenfürsorge und über die Höhe der Unterstützung zu machen, die der Einzelne zu beanspruchen hat. Zum Schluß betonte Redner auch, daß die Gemeinde Kolmar, die mangels eines Zweckverbandes allein vorgegangen sei, eine musterartige Erwerbslosenfürsorge habe, die anderswo kaum besser zu finden sei. Dem Vortrag wurde reicher Beifall zuteil. Es folgte dann eine rege Diskussion. Herr Pfarrkurat Trabold, der sich um das Zustandekommen der Einrichtung sehr viel Mühe gegeben hatte, dankte dem Redner und dem Versammlungsleiter im Namen der Gemeinde für ihre Mühe. Kollege Buchner erbot sich, nach der Versammlung eine kleine Sprechstunde abzuhalten, von welcher auch Gebrauch gemacht wurde. Herr Ratsschreiber Gerber erbot sich ebenfalls, auf dem Gemeindehaus jede Woche 2-3 Sprechstunden abzuhalten, in der Hoffnung, daß hieron ein reger Gebrauch gemacht wird. — Unsere Ortsgruppe hat sich durch ihre und des Kollegen Buchners Verdienste um die Schaffung und Durchführung der Fürsorge, sowohl bei der Gemeinde als auch bei der Arbeiterschaft Anerkennung verschafft. Allgemein sieht man jetzt doch den Nutzen und die Bedeutung unseres Verbandes ein und erkennt an, daß sich sehr wohl gemeinsam mit ihm arbeiten läßt zum Nutzen und zum Segen der Arbeiterschaft.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Aus der Praxis der Volksgesundheitsfürsorge.** Die Bestrebungen zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit haben in dieser Zeit eine ganz besondere Bedeutung erlangt; neue Wege werden erörtert, um einen möglichst weitgehenden Schutz für Mutter und Kind zu finden, und Staat, Kommune und Einzelkörperchaften sind sich auch einig in der Absicht: die Einrichtungen, die dem großen Ziel bisher nach besten Kräften dienlich waren, auszubauen. Aus den Veröffentlichungen des Königl. Statistischen Landesamts zu Berlin sind da einige Angaben über die Entbindungs- und Augenheilstätten in Preußen 1913 bemerkenswert.

Im Berichtsjahre waren in Preußen unter Ausschluß der Privatanstalten mit weniger als 11 Betten, 66 Entbindungsanstalten mit 3182 Betten vorhanden, darunter 10 Universitätskliniken mit 732, 37 öffentliche Anstalten mit 2001 und 19 Privatanstalten mit 449 Betten. Selbständige Anstalten wurden 55 gezählt, von denen 11, darunter 10 Universitätsinstitute, dem Staate gehörten; 17 Hebammenlehr- und Entbindungsanstalten waren Eigentum von Provinzialverbänden, 5 Anstalten im Besitze städtischer Gemeinden, 13 Anstalten, gegründet durch milde Stiftungen, befanden sich in Händen von Vereinen zur Unterstützung armer Wöchnerinnen, 6 dienten Arbeitgebern zur Versorgung ihrer schwangeren Arbeiterfrauen bzw. Arbeiterinnen, während 3 (je 1 von 2 Ärzten und 1 Hebamme) zu Erwerbszwecken eingerichtet waren. — In sämtlichen 66 Entbindungsanstalten wurden im Jahre 1913: 43 049 Schwangere entbunden; davon sind 400 gestorben. Für 5695 Entbindungen waren geburtshilfliche Operationen erforderlich, bei denen in 210 Fällen der Tod eintrat. An Kindbettfieber erkrankten 107 Entbundene, von denen 49 gestorben sind. Rechtzeitig geboren wurden 42 147 Kinder, darunter 2296 totgeborene. 1271 Neugeborene erlagen während der Behandlung der Mütter dem Tode. Fehlgeburten erfolgten 1414.

Dem großen Interesse in Volksgesundheitsfürsorge sind auch die öffentlichen Augenheilstätten,

über die das Statistische Landesamt folgende Angaben macht: Die Zahl der Augenheilstätten, ohne die Privatanstalten mit weniger als 11 Betten, aber mit Einschluß der Abteilungen für Augenranke in den allgemeinen Heilstätten, belief sich 1913 auf 97 mit 3089 Betten und 35 436 Verpflegten, die 10 Universitätskliniken mit 605 Betten und 10 555 Verpflegten, 21 Anstalten öffentlichen Charakters mit 830 Betten und 9327 Verpflegten und 66 Privatanstalten mit 1654 Betten und 15 553 Verpflegten betrafen. Selbständige Anstalten wurden 70 gezählt; davon gehörten die 10 Universitätskliniken dem Staate, 3 Anstalten mit 175 Betten und 1944 Verpflegten Provinzial-, Bezirks- und Kreisverbänden, 2 mit 82 Betten und 1167 Verpflegten städtischen Gemeinden, 8 mit 461 Betten 5393 Verpflegten Vereinen, religiösen und milden Stiftungen, während 47 Anstalten mit 1192 Betten und 11 860 Verpflegten im Besitze von Ärzten waren. In sämtlichen 97 Anstalten wurden behandelt: wegen Erkrankung der Augenlider 1474 Personen, der Tränenorgane 1697, der Orbitalgebilde 150, an Trachom 2377, an anderen Erkrankungen der Bindehaut 1842, der Hornhaut 8851, der Iris 1576, der Chorioidea und des Ziliarkörpers 456, an Glaukom 1165, an Erkrankungen der Retina und der Sehnerven 1710, des Sinnesstems 5666, des Glaskörpers 159, der Augenmuskeln 2226, an Neubildungen des Augapfels 150, Verletzungen des Augapfels 5287, Refraktions- und Akkommodationsanomalien 178 und an sonstigen Augenkrankheiten 471 Personen. — Außerdem wurden in sämtlichen Augenheilstätten noch 1521 nicht augenranke Personen verpflegt.

### Ehren-Tafel.



#### Es starben den Heldentod fürs Vaterland

- Michael Schröder aus Imgenbroich, Unteroffizier, Ritter des Eisernen Kreuzes.
- Theodor Midekamp aus Bocholt.
- Franz Lensing aus Bocholt.
- Mathias Engels aus Düren.
- Hermann Müller aus Spielberg.
- August Hoyer aus Oedt.

Wir wollen Ihr Andenken in Ehren halten. Den Familien der Gefallenen unser innigste Beileid.

### Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- P. J. Jansen aus Süchteln.
  - Martin Schmitz aus Grefrath.
  - Heinrich Jürgens aus Borghorst.
  - Franz Timpe aus Werden.
  - Gebriel Najs aus Düren.
  - Johann Recker aus Vaals.
  - Emanuel Langer aus Neustadt, O.-Schl.
  - Heinrich Thielen aus Schaag.
  - Maria Berger aus Sommerfeld.
  - Peter Schnock aus M.-Gladbach-Holt.
  - Wilhelm Gruhne aus Eilenburg.
  - Johann Engelbert Keller aus Euskirchen.
  - Hermann Hensbach aus Montjoie.
  - Wilhelm Sieves aus Düken.
  - Heinrich Schoepers aus Amern-St. Georg.
- Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungskalender.

- Bocholt. 27. Februar und 5. März, Abrechnung der Vertrauensleute von 10-12 Uhr auf dem Büro.
- Sindfeld. 27. Februar, 11 Uhr, im Lokale Witwe Hafner, Generalversammlung.
- Saaten-Blombach. 4. März, 1/8 Uhr, im Lokale Witwe Edmund Schneider, Saaten.

### Inhaltsverzeichnis.

**Artikel:** Die Lohnentwicklung nach dem Kriege. — Die Träger der Arbeiterversicherung und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — Krieger-Familienhilfe. — Feuilleton: Mit den Schiffern zur Front. — Allgemeine Rundschau: Die Entlohnung der Kriegsschädigten. — Eine recht zeitgemäße Verfügung. — Die Kunst im Kriege. — Neuregelung unserer Kartoffelversorgung. — Die Brotversorgung. — Ein entlarvter Schwindler. — Ein neuer Triumph der deutschen Wissenschaft. — Aus unserer Industrie: Die Wirkungen der Beschlagnahme. — Ungünstige Lage des enalischen Textilwaren-Ausfuhrgeschäftes. — Vermehrung des Flachsbauens in Sachsen. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Greiz i. B. — Soll. — Sudenwalde. — Neustadt (Schlesien). — Waldbirch (Baden). — Volkswirtschaftliches und Soziales: Aus der Praxis der Volksgesundheitsfürsorge. — Ehren- und Sterbetafel. — Versammlungskalender.

Verantwortung für die Schriftleitung J. G. Franz Dittler, Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7.